

Ratsfraktion DIE LINKE.
Duisburg, 24.03.2011

10 Büro OB

Antrag zu Punkt 2 der Tagesordnung der Ratssitzung am 28.03.2011

Duisburger Resolution zur kommunalen Finanzlage

169 NRW-Kommunen befinden sich in einer schweren Haushaltskrise, die Zahl der überschuldeten Kommunen wächst. Großen Bereichen der kommunalen Ebene droht die Handlungsunfähigkeit, obwohl sie für die Daseinsvorsorge und das Wohlergehen der Bevölkerung wesentlich sind. Nur 6 Großstädten in NRW konnten 2010 noch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Das ist nicht einmal jede fünfte Großstadt! Im Bundesdurchschnitt schafft immerhin jede zweite Großstadt einen Haushaltsausgleich. Das zeigt die besonders prekäre Finanzsituation der NRW-Kommunen.

Die Zahlen zur Finanzlage der NRW-Kommunen machen deutlich: Wir brauchen durch die Gemeindefinanzkommission des Bundes und den Aktionsplan der neuen Landesregierung eine spürbare und nachhaltige Entlastung bei den Sozialausgaben und eine solide Finanzausstattung der Kommunen. Darauf hat die kommunale Ebene einen verfassungsrechtlichen Anspruch.

Wir rufen Bürgerinnen und Bürger auf, sich für ein lebenswertes Duisburg einzusetzen und gegen weitere Streichungen im sozialen, kulturellen und schul- und jugendpolitische Bereich zu protestieren.

Wir erwarten vom kommunalen Bündnis „Raus aus den Schulden“ geeignete Proteste und Mobilisierungen um den berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Der Rat der Stadt Duisburg wendet sich an die Landes- und Bundesregierung und fordert sie auf, wirkungsvolle Reformen zur Sicherung der aufgabengerechten Finanzierung der städtischen Aufgaben umzusetzen:

- Gewerbesteuer stärken, Grundsteuer reformieren
- deutliche Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben
- Hilfen bei der Altschuldenbewältigung für Kommunen in besonderen Notlagen
- Keine neuen Belastungen der kommunalen Ebene ohne ausreichende Finanzausstattung
- Kommunen an der Gesetzgebung beteiligen
- Folgekosten verlässlich berechnen und transparent machen
- Mehr aktive, vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen
- Kein Jugendlicher ohne Schulabschluss – keine Chance der Chancenlosigkeit

gez. Erkan Kocalar